

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugpreis** mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.-, für Selbstabholer 1.80 Mk. - Durch die Post bezogen 2.- Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Verkaufsstelle:** Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 72216. - **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 - Telefon 72101

**Inseratenpreise:** Die 10zeilige, Kolonelle 35 Pf., bei Vorkauf 40 Pf., Stellenangebote 10zeilig, Kolonelle 25 Pf., Familiennachrichten von Verwaisten die 10zeilig, Kolonelle mit 10 Pf., Nachl., Reklamezeile 2 Mk., Inserate n. ausm.: die 10zeilig, Kolonelle 40 Pf., bei Vorkauf 50 Pf., Reklamezeile 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

### Der Severing-Scandal

#### Ein schöner Erfolg der Koalition

In einer ausführlichen Begründung zu seiner Entscheidung für die rheinisch-westfälische Schwerindustrie gibt Karl Severing auch seine Meinung über die Wirtschaftslage bekannt. Er bezieht sich zunächst auf die vor einem Jahre zur Rechtfertigung eines Schiedspruches für dieselbe Industrie vorgetragene Gründe: „Bezüglich der Ertragslosigkeit oder der außerordentlich geringen Rentabilität der Inlands-Geschäfte habe der Sachverständige des Reichswirtschaftsministeriums Zahlen vorgelegt, die nicht ernstlich angezweifelt werden könnten.“ Den Auslandsmarkt habe die Industrie nur mit Verlusten halten können. Severing fügt nun seinerseits hinzu: „Seit diesen Feststellungen hat sich die Lage mindestens nicht günstiger gestaltet. Die allgemeine Konjunktur ist zurückgegangen und die Ertragsmöglichkeit hat eine nicht unbeträchtliche Einbuße erfahren.“ Anzeichen dafür, daß eine erhebliche Besserung in kurzer Frist eintreten werde, seien nicht zu erkennen.

Der Sozialdemokrat Severing bescheinigt also den Unternehmern der Schwerindustrie, daß sie seit Jahr und Tag mit Verlust arbeiten. Alle Veröffentlichungen über die selbst für die zurechtgemachten Bilanzen übrig gebliebenen Gewinne, alle Nachweise über eine umfangreiche „Selbstfinanzierung“, alle Feststellungen über systematischen Bilanzschwundel — alle diese Dinge haben Karl Severing nicht abgehalten, der Eisenindustrie Verlustwirtschaft zu bescheinigen. Die Tragweite solcher ministerieller Feststellung ist nicht gering. Einmal gibt sie der schon längst auf Preiserehöhungen ausgehenden Industrie Gelegenheit, ihre Forderungen erneut und verstärkt mit Severings Gründen vorzubringen. Zum anderen aber wirkte sich diese Severingsche Auffassung in dem Severingschen Spruche zum Schaden der Arbeiter aus.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß nach dem ursprünglichen Schiedspruche jeder im Zeitlohn beschäftigte Arbeiter über 21 Jahre 6 Pfennig Lohnerhöhung pro Stunde erhalten sollte. Karl Severing fand das auf Grund seiner „Einsicht“ in die wirtschaftlichen Verhältnisse untragbar. Da er den Unternehmern Verlustwirtschaft bescheinigt, hätte er eigentlich von jeder Lohnerhöhung absehen müssen. Er machte es aber gnädiger. Er schloß von jeder Lohnerhöhung „nur“ diejenigen Zeitlohnarbeiter aus, die bereits 90 Pfennig Stundenlohn und mehr haben. Für die mit weniger hohen Stundenlöhnen bedachten Arbeiter über 21 Jahre wurde folgende Staffelung eingeführt:

| Bisheriger Zeitlohn | Zulage    |
|---------------------|-----------|
| 60 bis 62 Pfennig   | 8 Pfennig |
| 63 bis 65 Pfennig   | 5 Pfennig |
| 66 bis 72 Pfennig   | 4 Pfennig |
| 73 bis 77 Pfennig   | 3 Pfennig |
| 78 bis 79 Pfennig   | 6 Pfennig |
| 80 bis 81 Pfennig   | 5 Pfennig |
| 82 bis 83 Pfennig   | 4 Pfennig |
| 84 bis 86 Pfennig   | 3 Pfennig |
| 87 bis 88 Pfennig   | 2 Pfennig |
| 89 Pfennig          | 1 Pfennig |
| 90 und mehr         | nichts.   |

Severing läßt also den jeweils schlechtest bezahlten Arbeitern der beiden in der vorstehenden Tabelle zusammengefaßten Gruppen die höchste Zulage zukommen, um dann stark abzustaffeln. Für die Beurteilung dieser Lohnregelung bietet Severing in einem durch den Sozialdemokratischen Pressedienst verbreiteten Artikel einige Anhaltspunkte. Danach arbeiten in der eisenverarbeitenden Industrie von rund 100 000 Arbeitern etwa 15 Prozent in Zeitlohn, und in der weiterverarbeitenden Industrie von 120 000 Arbeitern etwa 40 Prozent. In dem einen Falle handelt es sich also um 15 000, im zweiten Falle um 48 000 Zeitlöhner, zusammen also um 63 000 Arbeiter. Ein Teil dieser 63 000 Zeitlöhner wird vollständig von jeder Lohnerhöhung ausgeschlossen. Die 6-Pfennig-Stundenlohnzulage, die der Schlichter Tötten allen Stundenlöhnern zugestimmt hatte, erhalten nur die Zeitlöhner mit bisher 60 bis 62 und 78 bis 79 Pfennig Stundenlohn. Alle anderen Zeitlöhner erhalten eine geringere Zulage. Das heißt, daß von den 63 000 Zeitlöhnern wohl mindestens 55 000 durch Severings Spruch schlechter gestellt werden, als sie nach dem ersten Schiedspruch gestellt sein sollten, gegen dessen Verbindlichkeitserklärung die Unternehmer revoltierten.

Severing hat auch etwas für die Affordarbeiter getan. Er hat die Affordisierung von 10 auf 15 Prozent über Tariflohn gesteigert. Das heißt, „der Durchschnittsarbeiter“ soll „bei gesteigerter Leistung unter normalen Betriebsverhältnissen“ nicht wie bisher 10 Prozent, sondern mindestens 15 Prozent über den Tariflohn der entsprechenden Gruppen hinaus verdienen. In der Begründung wird dazu gesagt, daß das „nur insoweit eine Erhöhung der Afford verdient bedeute, als der Durchschnittsarbeiter im Afford den Satz von 15 Prozent über seinem Tariflohn bisher nicht erhält.“ Der Essener Korrespondent der Frankfurter Zeitung nennt das „eine schlechte Stellung der meisten Affordarbeiter gegenüber der bisher von ihnen erzielten Regelung.“ Der Prozentsatz der Affordlöhner, die durch Severings Schiedspruch besser gestellt werden, dürfte nicht allzu groß sein.

### Das Attentat eines Kranken

#### Den Staatsanwalt niedergeschossen

SPD Paris, 21. Dezember.

Der frühere Generalkassationsanwalt und jetzige Rat am Kassationshof in Paris, Fajot, ist in den Morgenstunden des Freitag das Opfer eines Attentats geworden. Ein Unbekannter erschien am frühen Morgen in der Pariser Wohnung Fajots und verlangte ihn zu sprechen. Fajot war jedoch nicht anwesend. Als der Unbekannte das dritte Mal erschien, traf er den Staatsanwalt selbst und gab auf ihn drei Revolvergeschosse ab, von denen zwei das Ziel erreichten. Der Täter entfernte sich darauf ruhig. Fajot wurde mit zwei schweren Bauchwunden ins Krankenhaus gebracht. Sein Zustand ist sehr ernst.

Man nimmt an, daß es sich um den Racheakt eines Eifers handelt, da Fajot im Kolmarer Autonomieprojekt die Verklage vertrat. Auch Fajot gab dieser Vermutung Ausdruck.

#### Der Täter stellt sich

MTB Paris, 21. Dezember.

Der Rat am Pariser Kassationshof Fajot ist heute abend den Verletzungen, die ihm durch Revolvergeschosse eines Unbekannten beigebracht wurden, erlegen. Der Täter hat sich heute abend der Polizei gestellt. Ueber seine Persönlichkeit ist noch nichts weiter bekannt.

SPD Berlin, 22. Dezember. (Radio.)

Zum Attentat auf Generalkassationsrat Fajot ist noch zu berichten: Der Täter heißt Georges Benoit und ist in Walburg (Elsass) am 2. Juni 1900 geboren. Er war bis vor einem Monat Fleischergehilfe in Straßburg und wohnt erst neuerdings in Paris. Benoit erklärte bei seinem ersten Verhör, daß er keiner politischen Partei angehöre. Er sei Separatist, aber seinerseits Gruppe angegeschlossen. Er schilderte eingehend, wie er seit

Ueber die Auswirkungen der Severingschen Lohnregelung im ganzen hat die Völkische Zeitung aus Kreisen der eisenverarbeitenden Industrie eine Schätzung erhalten, nach welcher die Gesamtbelastung nur „knapp 50 Prozent der durch den ursprünglichen Schiedspruch festgesetzten Lohnerhöhungen“ beträgt. Man muß sich dabei daran erinnern, daß nach dem ersten Schiedspruch ein Unternehmerorgan, die Kölnische Zeitung, erklärte, die Schlichtungsinstanzen seien in diesem Falle nicht so „bewilligungsfreudig“ gewesen, wie man das bisher erlebt habe. Die schon reduzierte Bewilligungsfreudigkeit des Zentrumsmannes Tötten hat also der Sozialdemokrat Severing zum Schaden der Arbeiter noch halbiert. Nun hat aber Severing eine Arbeitszeitver-

längerung angeordnet! Die Ausführungen darüber in Severings Spruch sind von einer Weitschweifigkeit, die bereits erwarten ließ, daß nicht viel dahinter steck. Severing sagt jetzt in dem schon erwähnten Artikel selbst, daß die Verbesserungen in der Arbeitszeitregelung etwa 15 000 Arbeitern (von 215 000!) zugute kommen würden. Es muß außerdem festgestellt werden, daß die Arbeitszeitverhältnisse Gegenstand eines Schlichtungsverfahrens geworden wären, nachdem die Unternehmer während der Ausräumung die bisherigen Arbeitszeitabmachungen gekündigt hatten. Die Völkische Zeitung erklärt dazu: „Die Arbeitszeitverkürzung entspricht dem Angebot, das früher schon von Seiten der Arbeitgeber gemacht worden ist, und betrifft diejenigen Arbeitergruppen, bei denen die Eisenindustrie mit einer entsprechenden Verkürzung der Arbeitszeit bereits gerechnet hatte.“ Wir zitieren das nicht, um das demokratische Blatt gegen den Parteigenossen Severing auszuspielen, sondern deshalb, weil dieser Hinweis der Wof den Tatbestand richtig umschreibt.

Nach dem Deutschen Handelsdienst bucht man in Unternehmertreuen den Severingschen Schiedspruch als „einen grundsätzlichen Erfolg.“ Trotzdem werden die Lohnerhöhungen als „wenig tragbar“ bezeichnet. Es war natürlich nicht zu erwarten, daß die Unternehmer in aller Öffentlichkeit unverkündet ihre Befriedigung äußern würden. Aber der milde Tadel der Jugenberg-Agentur, die die Meinung der schärferen Richtung im Unternehmertum zum Ausdruck bringt, ist bezeichnend genug. Es ist auch beachtenswert, daß selbst der Sozialdemokratische Pressedienst, der im übrigen Severings Spruch herauszustreichen versucht, zu anderen Teilen den Severingschen Begründung, auf die wir noch zurückkommen werden, bemerkt: „In manchen Stellen kommt die Begründung den Argumenten der Unternehmer für Abbau des Schlichtungswesens bedenklich nahe.“

Wir unsererseits sagen rundheraus, daß der Spruch Severings ein unerträgliches Scandal und eine schwere Belastung für die Partei und die Gewerkschaften ist. Wir behaupten deshalb nicht, daß Severing aus persönlicher Schwäche Arbeiterinteressen gedoppelt habe. Wir sehen vielmehr den engen Zusammenhang zwischen dem Verhalten Severings und seiner ausgesprochenen Neigung für die Koalitionspolitik. Von Severing stammt die Erklärung, daß „wir“ die Absicht haben, „vier Jahre Ferien zu machen, Ferien von Regierungskrisen, Programm-entwürfen und Richtlinienberatung.“ Da aber der Beste nicht in Frieden leben kann, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt, da die Deutsche Volkspartei nicht auch die Absicht hatte, „vier Jahre Ferien von Regierungskrisen“ zu machen, so brachten eben wir ihrer Verpfändung gegenüber dem Unternehmertum ein Opfer. Um der Koalitionspolitik Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, mußten die Schwerindustriearbeiter daran glauben.

#### Schrei nach dem Ausnahmegesetz

SPD Paris, 22. Dezember.

Der Abgeordnete Maillarme, der den Vorstoß in der Elsass-Lothringen-Kommission der Kammer führt, verlangt, daß nun das von Poincaré angekündigte Ausnahmegesetz gegen die autonomistischen Umtriebe mit aller Beschleunigung eingebracht und in Kraft gesetzt wird.

Auch die meisten Morgenblätter verlangen, daß die Regierung Sanktionen ergreife und ein Exempel statuieren. Am weitesten geberdet sich das Journal, das behaupten zu können glaubt, die Worttat sei nicht etwa dem Elsass zuzuschreiben, sondern der geheimen Frens der deutschen Rechtsverbände, die bereits die geheimen Attentate gegen Erzberger und Rathenau auf dem Gewissen haben. Im Elsass gäbe es keine Mörder. Die Linkspresse, vor allem die „Le Nouvelle“, verlangt, daß die französische Regierung erneut eine Demarche beim Vatikan unternehme, um die Propaganda der autonomistischen Priester im Elsass zu verhindern. Jeder Priester, der sich jetzt noch mit dem Autonomismus befaßt, müsse seines staatlichen Gehaltes verlustig erklärt werden.

### Dr. Simons tritt zurück

#### Die Besprechung mit dem Reichspräsidenten

Die Besprechung zwischen dem Reichspräsidenten und Herrn Dr. Simons, der auch der Reichsfinanzminister und der Reichsjustizminister beigezogen waren, wurde kurz nach 12 Uhr zu Ende geführt. Dr. Simons erklärte, er habe sich überzeugen lassen, daß eine Mitbestimmung des Staatsgerichtshofes nicht beabsichtigt gewesen sei, daß er aber nach seiner von Anfang an eingenommenen grundsätzlichen Stellungnahme auf seinem Rücktritt beharren müsse.

Wegen der Geschäftslage des Reichsgerichts hat sich Dr. Simons bereit erklärt, die Geschäfte bis zum 1. April 1929 fortzuführen.

### Die Aufständischen weichen!

MTB Moskau, 21. Dezember.

Den letzten Meldungen aus Kabul zufolge gelang es den Regierungstruppen, die Aufständischen von den Vororten Kabuls zur Gebirgskette in Richtung auf Tscharkar zurücksudrängen. Gestern eröffneten die Regierungstruppen den Angriff auf die von den Aufständischen besetzte Anhöhe Bagbala. Der Angriff entwickelte sich erfolgreich. Afghanische offizielle Kreise dementieren entschieden die im Auslande verbreiteten Meldungen, daß der König und die Regierung Kabul verlassen hätten. Die Regierung befindet sich in Kabul und beabsichtigt nicht, die Stadt zu verlassen.

### Zusammenstöße in Mexiko

TV London, 21. Dezember.

Wie aus Mexiko gemeldet wird, kam es in Terech zwischen 150 Aufständischen und Regierungstruppen zu einem Gezeck, das drei Stunden dauerte. Im Verlauf des Kampfes wurden neun Aufständische und fünf Soldaten getötet. Die Zahl der Verwundeten ist beträchtlich.